

26. Februar 2014

**Postulat**

Von Niklaus Scherr (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob er auf die Stiftung St. Jakob einwirken kann, dass beim Um- resp. Ersatzneubau der Liegenschaft Kanzleistrasse 18 nicht Wohnungen im oberen und Luxussegment realisiert werden.

**Begründung:**

Die Stiftung St. Jakob erhält von der Stadt Zürich ein grosszügiges Baurecht für die Erstellung eines Gewerbehuses an der Heinrichstrasse. Damit wird, abgesehen von der Bäckerei im Erdgeschoss, die stiftungseigene Liegenschaft Kanzleistrasse 18 zur Neunutzung frei. Gemäss Informationen in der Kommission plant die Stiftung dort einen Umbau resp. Ersatzneubau mit Wohnungen.

Leider hat es der Stadtrat versäumt, bei der Aushandlung des für die Stiftung attraktiven Baurechtsvertrags verbindliche Gegenleistungen – z.B. Abtretung des Areals Kanzleistrasse 18 oder eine Verpflichtung auf Realisierung von Wohnungen in Kostenmiete - einzufordern. Mit dem Postulat wird der Stadtrat gebeten, auf die Stiftung einzuwirken, wenigstens auf den Bau von überteuerten Luxuswohnungen zu verzichten. Angesichts der fortschreitenden Gentrifizierung im Kreis 4 ist es dringend angezeigt, hier Gegensteuer zu geben.

Antrag auf Behandlung mit Weisung 2013/445

